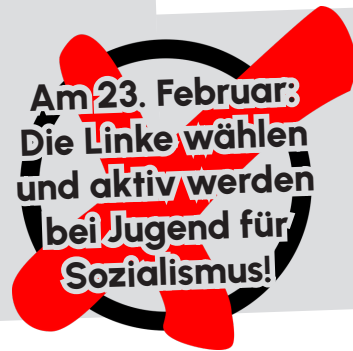


Egal, wer in der nächsten Regierung sitzt: KEINE ZUKUNFT OHNE SOZIALISMUS!

Kapitalismus bedeutet Kriege, Klimakrise, Diskriminierung und Armut

Du willst, dass sich was ändert? Dann werde mit uns aktiv!

- Für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen! Für 15 Euro Mindestlohn, ohne Ausnahme!
- Für günstige Mieten für alle! Wohnungskonzerne enteignen!
- Gegen alle Kürzungen und Sparmaßnahmen! Die Reichen sollen zahlen!
- Gegen die Sündenbockpolitik auf Kosten von Geflüchteten! Bleiberecht für alle! Keine Abschiebungen!
- Gute Bildung für alle! Für eine elternunabhängiges und darlehnsfreies BAfög von 700 Euro plus Warmmiete!
- Für wirksamen Klimaschutz auf Kosten der Banken und Konzerne!
- Für eine sozialistische Partei der Arbeiter*innen und Jugend, um den Kampf gegen den Kapitalismus und seine Krisen aufzunehmen!



Seit dem 6. November ist die selbsternannte "Zukunftscoalition" Geschichte. Wenige trauern dieser Regierung nach, auch wir nicht. Denn trotz vielen Versprechungen, hat sich in den letzten drei Jahren für Jugendliche und Arbeiter*innen wenig verbessert. Im Gegenteil:

- Die Mieten sind weiter gestiegen: Seit dem Sommersemester 2019 sind die Angebotsmieten bundesweit um 21 Prozent gestiegen. Wenig verwunderlich wuchsen die Niveaus der WG-Mieten in Unistädten mit 26 Prozent sogar noch schneller.
- Unsere Schulen zerfallen weiter: Im Bereich der Schulinfrastruktur hat der Investitionsrückstand 2024 einen neuen Rekordwert von 54,8 Milliarden Euro erreicht – 7,3 Milliarden mehr als 2023
- Ausbildungsvergütungen steigen weiter langsamer als die

Preise: In den Jahren 2021, 2022 und 2023 sind die durchschnittlichen Ausbildungsvergütungen weniger stark gestiegen als die Inflation. Im Umkehrschluss bedeutet das: für die gleiche Arbeit können wir uns immer weniger leisten!

Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. Insbesondere aber die Lage der Welt ist in den letzten Jahren immer mehr von Krisen geprägt. Egal, ob der anhaltende Krieg in der Ukraine, der genozidale Krieg Israels gegen Gaza, die Wiederwahl von Donald Trump oder die über allem schwebende Klimakrise.

Die Krise hat System

Diese Krisen haben System. Sie sind keine unglücklichen Zufälle oder Ergebnisse einiger weniger durchgeknallter Politiker*innen. In unserer kapitalistischen Gesellschaft stehen nämlich die Profiteure der Banken und Konzerne an erster Stelle. Für sie werden Kriege begonnen, um Einfluss-

sphären zu sichern, das Klima verschmutzt und Wirtschaftskrisen auf Kosten der breiten Bevölkerung ausgetragen. Solange es den Kapitalismus gibt, werden Politiker*innen sich im Zweifel immer für die Interessen der wenigen Reichen, statt der allgemeinen Bevölkerung und Natur einsetzen. Wir kämpfen daher für eine sozialistische Demokratie, in der die Demokratie nicht am Betriebstor endet, sondern alle Menschen demokratisch über die Art und Weise, wie produziert wird und für wen, entscheiden. Wir wollen den Reichtum der wenigen



nutzen, um das Leben aller zu verbessern!

Die AfD ist eine Gefahr für uns alle!

Viele Jugendliche blicken mit Sorge auf das Erstarken der AfD, zu Recht! Denn die AfD ist nicht nur eine rassistische und sexistische Partei, sondern auch eine zutiefst unsoziale Partei. Sie will Steuern für Reiche senken und den Sozialstaat ausbluten. Schulen und Unis sollen weiter privatisiert und der Leistungsdruck gesteigert werden. Damit wird die soziale Selektion gefördert und Jugendliche aus armen Haushalten werden noch mehr in Niedriglohnjobs gedrängt. Um ihre eigentliche Politik zu verdecken, schürt sie Hetze gegen Geflüchtete. Doch uns allen muss klar sein: Kein Geflüchteter liefert Waffen in Krisengebiete, kein Geflüchteter schließt Krankenhäuser, kein Geflüchteter kürzt bei der Bildung! Das alles machen deutsche Politiker*innen und Bosse!

SPD, Union, FDP und Grüne haben sich Anfang 2024 noch als große Kämpfer*innen gegen Rechts inszeniert. Inzwischen beteiligen sie sich, wie in der Vergangenheit bereits, genauso an der Sündenbockpolitik gegen Geflüchtete, um von ihrem eigenen Versagen abzulenken. Das Asylrecht wird weiter eingeschränkt, Bezahlkarten eingeführt, Abschiebungen durchgeführt und Geflüchtete in „nützlich“ und „schlecht“ rassistisch eingeteilt!

Leere Wahlversprechen von SPD, CDU, FDP und Grüne!

SPD, CDU, FDP und Grüne üben sich nun fleißig in Wahlversprechen, doch nach der Wahl wird wenig davon übrig bleiben! Der Grund dafür ist einfach: sie alle werden sich niemals mit den großen Banken und Konzernen in diesem Land anlegen, im Gegenteil. Die SPD war selber jahrzehntelang an der Macht, genauso wie die Grünen. Statt höherer Steuern für Superreiche, effektiven Klimaschutz und Investition in Bildung, Soziales und Gesundheit, haben wir „Bürgerhartz“, Sondervermögen für die Bundeswehr und Sozialabbau bekommen!

Egal ob Merz oder Scholz: wir sollen ihre Krise bezahlen!

Noch ist natürlich unklar, wie die nächste Bundesregierung aussehen wird.

Doch eins steht fest: die deutschen Unternehmer*innen fordern Reformen, um ihre Profitebedingungen zu verbessern und im globalen Konkurrenzkampf zu bestehen. Im Kapitalismus kann das nur eins bedeuten: wir sollen länger arbeiten für weniger Lohn, es soll an Sozialausgaben gespart werden und mehr Druck auf uns als Jugendliche ausgeübt werden, möglichst früh zu arbeiten. Deswegen sollten wir uns jetzt schon darauf vorbereiten, uns gegen diese Angriffe auf unseren Lebensstandard zu organisieren!

Die Linke wählen!

All das zeigt, dass sich wenig ändern wird an den ganzen Krisen, solange wir im Kapitalismus leben. Bei der Wahl rufen wir auf, Die Linke zu wählen, denn sie ist die einzige Partei, die sich zum Sozialismus bekennt. Sie nimmt als einzige Partei im Bundestag keine Spenden von Großunternehmen oder Banken an. Ein Bundestag ohne Die Linke würde bedeuten, dass die Opposition nur noch aus rechten Parteien besteht und diese die mediale Debatte dominieren. Dennoch sind wir uns auch der falschen Politik von Teilen der Linken bewusst, die eine klare sozialistische Ausrichtung der Partei ablehnen. Wo sie sich an Landesregierungen beteiligt hat, hat die Linke auch Kürzungen und Abschiebungen durchgeführt. Teile der Linke fordern eine Unterstützung der israelischen Regierung in ihrem Krieg gegen Gaza. Deswegen sagen wir auch, dass es eine Partei braucht, die wirklich die Interessen von Arbeiter*innen und Jugendlichen vertritt. Die Linke kann dabei eine Rolle spielen, eine solche Partei aufzubauen.

Wir müssen uns aber auch abseits der Wahl organisieren. Jugend für Sozialismus ist eine bundesweit aktive Jugendorganisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich gegen den Kapitalismus und die ganzen Schweinereien, die damit zusammenhängen, zu organisieren. Wir organisieren regelmäßige Treffen, auf denen wir über aktuelle sowie historische Themen diskutieren, gehen auf Demonstrationen und veranstalten hin und wieder mal Filmabende, Lesekreise und soziale Aktivitäten. Wir sind Schüler*innen, Studierende und Azubis! Bei uns ist jede*r willkommen!

Unsere nächsten Treffen:

Du weißt nicht, wie du aktiv werden kannst?

Nichts ist einfacher als das. Schreibe uns entweder eine kurze Nachricht per Mail an info@jugend-fuer-sozialismus.de oder melde dich direkt bei einer unserer Ortsgruppen: